

Mehr Geld für Ex-Heimkinder?

Mit einem Staatsakt im Parlament ist am Donnerstag eine „Geste der Entschuldigung“ an Misshandlungsoffer und Ex-Heimkinder gesetzt worden. Bundeskanzler Kern (SPÖ) hat dabei mehr finanzielle Hilfe für die Opfer angedeutet.

Hörbar beeindruckt von einem unerwartet turbulent verlaufenden Staatsakt zeigte sich Bundeskanzler Christian Kern. Viele Zwischenrufe ehemaliger Heimkinder waren zu Beginn zu hören, sie forderten „Handeln statt Versprechen“ und „Alle Heime schließen“. Schon während des Staatsakts gingen einzelne Betroffene nach vorne in die erste Reihe zu Vizekanzler Mitterlehner (ÖVP) und dem Kanzler, um mit ihnen zu sprechen.

Nachdem Staatsakt bildeten sich Mensentrauben vor allem um den Bundeskanzler. Eine Frau wollte unter Tränen ein Versprechen, dass so etwas nie wieder passiert: „Was die alle mitmachen im Pflegeheim, das könnt ihr euch nicht vorstellen.“

APA/Herbert Pfarrhofer



Staatsakt für Missbrauchsopfer im Parlament

Kern will bisherige Hilfe „überdenken“

Tatsächlich schien Kern über Konsequenzen nachzudenken, speziell über finanzielle Hilfen für die ehemaligen Heimkinder und Gewalt-Betroffenen: „Einige haben mich persönlich angesprochen, ihre Schicksale erzählt, die einfach nie wieder in die Spur des Lebens gefunden haben (...) Ich bin der Auffassung, wir als Gesellschaft haben

► Wien-News

 ► Radio Wien
 Veranstaltungen,
 ExpertInnen, Podcast,
 Sendungen

 ► Wien heute
 On demand & live

 ► Volksgruppen
 Vielfalt in Wien

 ► Landesstudio
 Kontakt

da Verantwortung. Und deswegen müssen wir schauen, wie wir da jetzt helfen können“, so Kern.

Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ)

Kern deutete an, dass die bisherigen Anerkennungszahlungen etwa durch die Bundesländer für manche Betroffene nicht reichen. Da werde man sich überdenken müssen, ob es das gewesen sein kann oder ob man da nicht weitere Schritte setzen müsse.

Schönborn: „Ich bitte um Vergebung“

In den Reden der Staatsspitzen und von Wiens Erzbischof Kardinal Christoph Schönborn waren Eingeständnisse der Verantwortung zu hören, deutlicher hätten sie wohl nicht sein können: „Wir haben vertuscht, wenn Missbrauch bekannt geworden ist, Leute versetzt und nicht abgesetzt. Ich bitte um Vergebung“, so Schönborn.

Kardinal Christoph Schönborn

Der Staatsakt sei ein Signal dafür, dass das schreckliche Geschehen der Vergangenheit angehöre, so die Überzeugung des Kardinals, der sich vor den Opfern und ihrem erfahrenen Leid verbeugte - mehr dazu in [Schönborn bei Staatsakt: „Ich bitte um Vergebung“](#) (religion.ORF.at).

Dass der Staatsakt nicht der von manchen befürchtete Schlussstrich der Aufarbeitung gewesen sein soll, betonten praktisch alle Redner - mehr dazu in [Heimkinder-Staatsakt: Kern verspricht mehr Hilfe](#) (oe1.ORF.at).

41,5 Millionen Euro bisher aus Wien

Die Stadt Wien hat bisher 41,5 Mio. Euro an ehemalige Heimkinder ausbezahlt, die Opfer von Missbrauch geworden sind. Die Meldefrist dafür ist am 31. März abgelaufen. Seither haben sich weitere Opfer gemeldet, Geld gibt es für sie nicht - mehr dazu in [Missbrauch in Heimen: Weitere Meldungen](#).

Der Staatsakt im Parlament war im Vorfeld nicht ganz unumstritten. Viele Betroffene hielten die Veranstaltung offenbar für eine Politshow - mehr dazu in [Kritik an Staatsakt für Heimkinder](#).

18.11.2016

[mehr Wien-News ▶](#)

 Social-Media-Dienste aktivieren

